

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 86 846 ppbn d



## Inhalt

42. Jahrgang / 148

7. August 1987

Dr. Hermann Scheer MdB  
zur Auseinandersetzung um  
die Pershing 1a-Raketen:  
Wo bleibt Genscher?

Seite 1

Wolf-Michael Catenhusen  
MdB zur Supra-Leiter-For-  
schung in der Bundesrepu-  
blik Deutschland: Nicht  
kleckern, sondern klotzen.

Seite 3

Helmut Wiczorek MdB zur  
Subventionsbilanz des Dr.  
Stoltenberg: Der Finanzmi-  
nister hat sein Wort nicht  
gehalten.

Seite 4

Florian Gerster MdB zur  
Wirtschaftlichkeit der Bun-  
deswehr: Auch Kostengrün-  
de sprechen für eine Defen-  
sivstruktur.

Seite 6

### Wo bleibt Genscher?

Die Pershing 1a-Position der Bundesregierung beruht auf einem  
fadenscheinigen Kompromiß zwischen FDP und CDU/CSU

Von Dr. Hermann Scheer MdB  
Vorsitzender der Arbeitsgruppe Abrüstung und Rüstungskontrolle  
der SPD-Bundestagsfraktion

Als es im Mai dieses Jahres darum ging, den Kompromiß zwi-  
schen Genscher und der CDU/CSU für die deutsche Zustimmung  
zur doppelten Null-Lösung zu finden, wurde das Pershing 1a-  
Junktim geboren. Das Festhalten an der Pershing 1a war der  
Preis, den Außenminister Genscher an die CDU/CSU zahlen  
mußte.

Daß Genscher sich darauf einließ, erweist sich zunehmend als  
ein schwenwiegender Fehler: Der Pershing 1a-Beschluß gab der  
CDU/CSU, die gegen die doppelte Null-Lösung wochenlang  
Sturm lief, den Hebel in die Hand, die Abrüstungsvereinbarung  
doch noch zu blockieren. Das Ergebnis ist, daß jetzt die CDU/  
CSU das Heft der deutschen Abrüstungspolitik in der Hand  
hat und Genscher kaum noch Spielraum innerhalb der Bundes-  
regierung besitzt, das CDU/CSU-Treiben gegen die doppelte  
Null-Lösung zu stoppen.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mit zuzügl. MwSt und Versand.

Verfügbar in  
den meisten  
Buchhandlungen



Sämtliche Argumente der CDU/CSU für das Festhalten an der Pershing Ia sind fadenscheinig:

- Sie versteckt sich hinter einem NATO-Beschluß; aber es war die Bundesregierung, die diesen Beschluß in der NATO herbeigeführt hat,
- sie erwartet, daß die Sowjetunion die Pershing Ia für so nebensächlich hält, daß daran das Abkommen nicht scheitert; sie hält aber selbst die Pershing Ia für so bedeutsam, daß die CDU/CSU ein Scheitern der doppelten Null-Lösung riskiert,
- sie behauptet, für die Sowjetunion sei die Pershing Ia eine nachgeschobene verhandlungstaktische Forderung, denn vor dem Frühjahr sei davon nie die Rede gewesen. Tatsache ist, daß vor dem Frühjahr allein deshalb von der Pershing Ia nicht gesprochen wurde, weil bis zu diesem Zeitpunkt nur von einer einfachen Null-Lösung die Rede war. Die Pershing Ia-Frage ist auf dem Tisch, seit die doppelte Null-Lösung die amerikanisch-sowjetische Gesprächsgrundlage ist.

Der Versuch der CDU/CSU ist, die Pershing Ia zum Ersatz für die wegfallende Pershing II zu machen. Nicht einmal zu einer Verpflichtung auf zahlenmäßigen Ausbau war die Bundesregierung bisher bereit.

Die SPD wird diese hinterhältigen Versuche zur Blockade der Mittelstreckenabrüstung mit allen ihr zur Verfügung stehenden parlamentarischen Mitteln bekämpfen.

(-/7.8.1987/rs/ks)

\* \* \*



**Nicht kleckern, sondern klotzen**

**Zur Supra-Leiter-Forschung in der Bundesrepublik Deutschland**

**Von Wolf-Michael Catenhusen MdB  
Vorsitzender des Ausschusses für Forschung und Technologie**

Seit September 1986 hat weltweit ein Wettrennen begonnen, dessen Ausgang ungewiß ist. Es geht um die Verwirklichung der faszinierenden Möglichkeit, Materialien zu finden, die möglicherweise bei Zimmertemperatur keinen elektrischen Widerstand haben und damit revolutionäre neue Möglichkeiten eröffnen. Neuartige Generatoren zur Stromerzeugung, verlustfreie Übertragung von Strom über große Entfernungen, der Bau neuer, nicht gekühlter großer Magneten und die Entwicklung völlig neuer Mikro-Ships, in denen Schaltkreise in unvorstellbarer Dichte aufeinander gepackt werden, ohne daß es zu Wärmeentwicklung kommt - dies könnte tatsächlich in manchen Bereichen eine neue industrielle Revolution auslösen.

Eine Klippe zur praktischen Nutzung ist allerdings noch nicht überwunden worden: Alle interessanten Supra-Leiter bestehen aus keramischen Werkstoffen, die sich mit Ihrer Sprödigkeit der Verarbeitung etwa zu Stromleitungen entziehen.

Die Amerikaner und Japaner haben auf ihre Weise auf diese Herausforderung reagiert. In Japan wurde ein nationales Forschungszentrum gegründet. Präsident Reagan möchte innerhalb der nächsten drei Jahre 150 Millionen Dollar in die Supra-Leiter-Forschung stecken. Ihm liegt dabei insbesondere an der Erforschung der militärischen Anwendungsmöglichkeiten von Supra-Leitern, insbesondere für den Krieg der Sterne.

Die Bundesrepublik muß schnell und flexibel handeln. Die zur Verfügungstellung von sechs Millionen DM, wie sie vom Bundesforschungsministerkabinett vorgenommen ist, reicht keinesfalls. Notwendig sind:

1. Ein Zwei-Jahres-Programm in Höhe von mindestens 50 Millionen DM, das in einem unbürokratischen Antragsverfahren Forschergruppen, die sich mit Supra-Leitern befassen wollen, zur Verfügung gestellt wird.
2. Zunächst zeitlich befristete Forschungsschwerpunkte an den Großforschungseinrichtungen in Karlsruhe und Jülich. Die hier vorhandenen Ansätze müssen schnell und massiv ausgebaut werden. Hier steht interdisziplinäres Forschungspersonal im Bereich Festkörperchemie, Festkörperphysik, Keramik und Elektrotechnik zur Verfügung. Wir wären gut beraten, bald eine nationale Kommission aus Wissenschaft und Industrie zu berufen, in der mögliche praktische Anwendungen von Supra-Leitern parallel zum Wettlauf in der Grundlagenforschung geprüft werden.

Mag sein, daß viele Hoffnungen, die heute mit der Supra-Leiter-Forschung verbunden werden, nicht erfüllt werden. Dennoch braucht die Bundesrepublik Deutschland ein Crash-Programm für die Supra-Leiter-Forschung.

(-/7.8.1987/rs/ks)



**Die Subventionsbilanz des Dr. Stoltenberg**

**Der Finanzminister hat seine Versprechen nicht gehalten**

**Von Helmut Wieczorek MdB  
Obmann der SPD im Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages**

Vor der Regierungsübernahme Ende 1982 hat die damalige CDU/CSU-Opposition immer wieder gefordert, die Subventionen abzubauen. Nach der Regierungsübernahme sollten dann die Versprechungen und Forderungen in die Tat umgesetzt werden. Heute stellen wir fest, daß das genaue Gegenteil eingetreten ist. Die Subventionen sind nicht abgebaut worden, sie sind explodiert.

- Die Subventionen des Bundes insgesamt (Finanzhilfen und Anteil des Bundes an den Steuerbegünstigungen) steigen von 27,2 Milliarden DM im Jahre 1982 auf 35 Milliarden DM im Jahre 1988; ein Anstieg um 30 von Hundert.
- Die Steuerbegünstigungen von Bund, Ländern und Gemeinden steigen von 29,5 Milliarden DM im Jahre 1982 auf 44 Milliarden DM im Jahre 1988; ein Zuwachs um 50 von Hundert.

Die Kritik der Sozialdemokraten richtet sich in der Hauptsache darauf, daß seit 1982 immer und immer wieder versprochen wurde, daß diese Bundesregierung den Subventionen zu Leibe rücken wolle. Diese Versprechungen sind bislang Jahr für Jahr gebrochen worden.

Dazu beispielhaft die Entwicklung seit der Wende.

Von den vielen öffentlichen Äußerungen der damaligen Opposition hier zwei bemerkenswerte Äußerungen:

„Ich erinnere an den Vorschlag der fünfprozentigen Kürzung einen Vorschlag, der nicht so dahingesagt war.“ (Dr. Helmut Kohl, Plenarprotokoll 9/78 vom 19. Januar 1982).

„Darüber hinaus haben wir den Vorschlag gemacht, alle Ausgaben aufgrund von Subventionen und Leistungsgesetzen um fünf Prozent zu kürzen.“ (Dr. Häfele).

Herr Häfele war so frei gleich auszurechnen wieviel da einzusparen sei.

„Wenn Sie auf den Boden dieser Maßnahmen treten würden, würde das ein Mehr an Einsparungen von über zehn Milliarden DM für den Gesamthaushalt mit sich bringen.“ (Plenarprotokoll 9/52 vom 17. September 1981).

Wären die Finanzhilfen des Bundes seit 1982 tatsächlich Jahr für Jahr um fünf Prozent gekürzt worden, dürfte ihr Volumen 1988 nur noch bei knapp zehn Milliarden DM liegen. Tatsächlich will der Bundesfinanzminister 1988 jedoch 15 Milliarden DM an Finanzhilfen des Bundes aufwenden. Statt der Fünf-Prozent-Kürzung pro Jahr ist insgesamt ein Anstieg der Finanzhilfen des Bundes von fast 14 Prozent zu verzeichnen. Anspruch und Wirklichkeit liegen um fünf Milliarden DM auseinander.

Wären die Subventionen des Bundes insgesamt jährlich um fünf von Hundert gekürzt worden, müßten sie 1988 bei knapp 20 Milliarden DM liegen. Stattdessen sollen sie 1988 35 Milliarden DM betragen. Ergebnis: Nicht fünf Prozent Abbau pro Jahr, sondern ein Anstieg um insgesamt 30 von Hundert. Anspruch und Wirklichkeit liegen bei den Subventionen des Bundes insgesamt um 15 Milliarden DM auseinander.

Wären die Steuersubventionen von Bund, Ländern und Gemeinden jährlich um fünf von Hundert gekürzt worden, würden sie 1988 nur noch bei gut 21 Milliarden DM liegen. Tatsächlich betragen die Steuersubventionen 1988 44 Milliarden DM. Also auch hier kein Abbau um fünf Prozent, sondern ein Zuwachs um 50 Prozent.

Im März 1984 hatte der Bundesminister der Finanzen vorgeschlagen, zur Finanzierung der Steuer-senkung 1986/88 steuerliche Vergünstigungen in einem Umfang von mindestens drei Milliarden DM



42. Jahrgang / 148 / 7. August 1987

abzubauen. Dieser Versuch ist kläglich gescheitert. Kommentar der Bundesregierung (Bundestags-Drucksache 10/3176 vom 12. April 1985):

„Die damaligen Vorschläge zum Abbau von Steuervergünstigungen und steuerlichen Sonderregelungen fanden kaum Unterstützung.“

So vornehm klingt es, wenn der „starke“ Bundesfinanzminister bei seinen Bemühungen um den Subventionsabbau sein Scheitern eingestehen muß.

Im Jahre 1985 dann legte der Bundesfinanzminister einen Abbauplan für die Finanzhilfen des Bundes bis 1989 vor (Bundesministerium der Finanzen-Pressemitteilung 53/85 Anlage 3a und Anlage 3b). Dazu der Bundesfinanzminister in seiner Presseerklärung:

„Die Finanzhilfen des Bundes werden 1986 um 6,9 von Hundert auf 13,5 Milliarden DM gesenkt. Bis 1989 ist im Jahresdurchschnitt ein Subventionsabbau im Haushalt von 8,5 von Hundert jährlich vorgesehen.“

Und wie sieht die Wirklichkeit aus? Statt der geplanten 13,5 Milliarden DM Finanzhilfen im Jahre 1986 wurden es schließlich 14 Milliarden DM. Aus den für 1987 geplanten 12,8 Milliarden DM wurden 15,1 Milliarden DM und aus dem Betrag für 1988 in Höhe von 11,8 Milliarden DM sind schon jetzt 15 Milliarden DM geworden.

Der vom Bundesfinanzminister vorgesehene jährliche Abbau ist in einen jährlichen Anstieg umgeschlagen.

1986 korrigiert sich der Bundesfinanzminister dann wieder bei Vorlage des vom Kabinett beschlossenen Haushalts 1987 (Presseerklärung des Bundesministerium der Finanzen vom 2. Juli 1986 33/86):

„Die Entwicklung der Finanzhilfen wird maßgeblich von der Dollarkursabhängigkeit der Koks-kohlenbeihilfe bestimmt: Nachdem sie bereits im Haushalt 1986 im parlamentarischen Verfahren um 700 Millionen DM auf 1,4 Milliarden DM angehoben werden mußte, steigt der Ansatz 1987 auf 2,1 Milliarden DM an. Etwa in dieser Größenordnung nimmt auch der Umfang der Finanzhilfen von 14 Milliarden DM auf 14,7 Milliarden DM zu.“

Damit wurden ein Jahr später aus den geplanten 12,8 schon 14,7 Milliarden DM Finanzhilfen. Mittlerweile sind es 15,1 Milliarden DM, denn in der Presseerklärung vom 2. Juli 1987 des Bundesfinanzministers (Bundesministerium der Finanzen-Pressemitteilung 36/87) heißt es dazu:

„Das Volumen der Finanzhilfen soll 1988 mit 15 Milliarden DM gegenüber 15,1 Milliarden DM in 1987 geringfügig verringert werden.“

Jetzt wird diese Entwicklung noch als Erfolg gefeiert, obwohl vor zwei Jahren für 1988 nur 11,8 Milliarden DM Subventionen vorgesehen waren.

Zur Finanzierung der geplanten Steuerentlastung 1990 hat der Bundesfinanzminister angekündigt, einen zweistelligen Milliardenbetrag an Subventionen kürzen zu wollen. Warten wir ab, was der Bundesfinanzminister erreichen wird.

Nach den bisherigen trüben Erfahrungen wird es wohl auch in Zukunft dabei bleiben, daß der Bundesfinanzminister jedes Jahr seine stereotype Äußerung aus dem Jahre 1983 wiederholen muß: (Plenarprotokoll 10/18):

„Die Bundesregierung wird in den nächsten Jahren viele neue Subventionsforderungen abwehren müssen und die bestehenden Subventionen weiter auf ihre Berechtigung hin prüfen.“

So wie die Dinge liegen, wird der Finanzminister entweder massiv und dann vor allem bei den Steuervergünstigungen für Arbeitnehmer einschneiden oder er scheitert endgültig beim Subventionsabbau und muß dafür die Mehrwertsteuer um mindestens zwei von Hundert-Punkte anheben.

Dieser Bundesfinanzminister hat sich schon jetzt als Subventionsminister um die Bundesrepublik Deutschland verdient gemacht.

(-/7.8.1987/rs/ks)

Kommunistischer  
Antifaschistischer  
Kampfbund



**Auch Kostengründe sprechen für eine Defensivstruktur**

**Die Bundeswehr muß wirtschaftlich handeln**

Von Florian Gerster MdB

Die Finanzmisere des Verteidigungshaushalts ist offensichtlich. Die für 1988 vorgesehenen 51,6 Milliarden Mark im Einzelplan 14 und die vorgesehenen Steigerungsraten der Folgejahre reichen nicht aus, um bei Beibehaltung der gegenwärtigen Wehrstruktur alle Wünsche der politischen Führung der Hardthöhe zu finanzieren.

Kostenexplosionen bei neuen Waffensystemen wie dem Jäger 90 und dem Panzerabwehrhubschrauber 2 zwingen dazu, die Planungen für Beschaffungen von Wehrmaterial grundsätzlich zu überdenken. So ist die mögliche Ablösung des Kampfpanzers Leopard 2 durch ein Nachfolgemodell auf den St. Nimmerfeinstag verschoben worden.

Die Bundesregierung wird auch kaum riskieren können, den Anteil der Ausgaben für Personal im Verteidigungshaushalt zugunsten von Beschaffungen entscheidend zu verkürzen. Wie soll die Dienstzeitbelastung abgebaut, der verlängerte Grundwehrdienst und eine höhere Quote länger dienender Soldaten und wehrübender Reservisten finanziert werden ohne Mehrausgaben? Dies alles unter (scheinbarer) Aufrechterhaltung der Präsenz von fast 500.000 Soldaten?

Wirtschaftlichkeit muß in Bundeswehrführung und Truppenalltag auch Einzug halten zur Senkung der Betriebskosten, deren Anteil am Verteidigungshaushalt derzeit bei 62 Prozent liegt. Darauf hat kürzlich Generalmajor a.D. Johannes Gerber in einem beachtenswerten Aufsatz hingewiesen. Er verlangte gar wirtschaftliches Denken im „Kernbereich“: der Konzeption für die Verteidigungsstruktur.

Das Prinzip der beweglichen Landesverteidigung - Bewegung im Ausweichen und im Gegenangriff - ist nicht nur „strukturell angriffsfähig“, es ist auch wesentlich kostenintensiver als eine Verteidigungsorganisation nach dem Prinzip „halten“. Die Aufwendungen für Personal und Material ließen sich durch eine Defensivstruktur der Landstreitkräfte deutlich senken.

Alles spricht für einen Umbau der Bundeswehr, um ihre konventionelle Verteidigungskraft zu halten, trotz schwächerer Wehrpflichtigen-Jahrgänge und begrenzter Mittel für technische Innovationen. Eine „strukturell nicht angriffsfähige“ Armee paßt darüber hinaus besser in ein rein defensives Bündnis mit dem Prinzip der Vorverteidigung.

Leider besteht auf der Hardthöhe offenbar ein Denkverbot, wo es um echte Alternativentwürfe zur gegenwärtigen Wehrstruktur geht - etwa die Erprobung von Miliz-Elementen des Helmschutzes durch häufig übende Reservisten. Abhilfe könnte eine neue Wehrstruktur-Kommission mit unabhängigen Experten schaffen, wie die Sozialdemokraten sie seit langem fordern.

(-/7.8.1987/rs/ks)

